



von Helmut Markwort

Die SPD stellt sich gegen die Ampel-Pumpe, und in Hessen rivalisieren zwei Duz-Freunde

Montag

Die SPD ist aufgewacht. Am Wochenende hat ihr Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich erhebliche Bedenken gegen die bisherigen Pläne mit dem Heizungsgesetz angemeldet. Der Entwurf setze zu „einseitig auf die Wärmepumpe“, beklagt er sich.

Diese Attacke ist eine Überraschung, denn für das Gesetz ist nicht nur der unter Dauerbeschuss stehende Energieminister Robert Habeck verantwortlich, sondern auch die sozialdemokratische Bauministerin Klara Geywitz. Sie hatte bisher auf die Gefolgschaft ihrer Genossen in der SPD-Fraktion bauen können, muss aber nun erleben, dass neben der FDP auch der zweite Ampelpartner Widerstand leistet. Das rücksichtslos und schlampig vorbereitete Gesetz wird in der Parlamentsdebatte zerpfückt und hoffentlich in wesentlichen Punkten verbessert werden.

Dass sich die SPD so spät auf ihre frühere Rolle als Schutzmacht der kleinen Leute besinnt, mag zwei Gründe haben.



Widerstand SPD-Politiker Mützenich schlägt sich auf die Seite der Wärmepumpen-Gegner

Erstens muss sie erschrocken sein über die miserablen Beliebtheitswerte. Die Partei wird von vielen nur noch als Mitläufer der grünen Verbots- und Gebotspartei wahrgenommen. Und Kanzler Olaf Scholz in seiner drögen Manier ist kein Herzensmagnet.

Vor allem aber spürt die Partei die Proteste ihrer Wähler.

Mützenich hat in seinem Widerstandsinterview ausdrücklich darauf hingewiesen, „viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bis weit in gut verdienende Facharbeiterkreise, sind bisher verunsichert“.

Tatsächlich hat es selten eine politische Maßnahme gegeben, die so massiv in die Kassen aller Familien hineinwirkt. Vermieter und Mieter und Eigenheimbesitzer – alle müssen mit hohen Kosten rechnen. Die Aussicht auf eine 50-prozentige Förderung beinhaltet die Nachricht, dass der Bürger die anderen 50 Prozent selber aufbringen muss. Hinzu kommt der erfolgreiche Druck der Wärmepumpen-Lobby. Die Grünen planen mit sozialer Kälte.

Gescheitert sind die Versuche, den Ärger mit schlechter Kommunikation zu erklären. Noch schiefer ist der Versuch von Jürgen Trittin, die Proteste nach Altkommunisten-Strategie als Kampagne zu diffamieren. Kampagne hin, Kommunikation her – das Gesetz ist einfach Murks.

Dienstag

In 138 Tagen werden Landtage gewählt. In Bayern und in Hessen. Der Bürger merkt es nur in einem der Länder. In Bayern sind die Parteien schon höchst aktiv. Markus Söder klebt an jedem Baum, und die Kandidaten anderer Parteien über-



Duz-Rivalen Boris Rhein und Nancy Faeser werden sich nicht gehässig bekämpfen

bieten sich mit Veranstaltungen aller Art. Weil direkte Wahlwerbung noch nicht erlaubt ist, plakatieren sie für Bieranstiche, Telefonsprechstunden, Radlfahrten und Schafkopf-Turniere. München ist schon zugeklebt.

In Hessen dagegen nullinger. In Frankfurt und Darmstadt habe ich kein einziges Plakat gesehen, das irgendetwas mit der Wahl am 8. Oktober zu tun hatte. Stattdessen sahen die Wähler ein vertrautes Paar nebeneinander in der Paulskirche in der ersten Reihe sitzen: den hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein und die Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die ihm seinen Job abjagen möchte. Eine Treibjagd wird das nicht. Nach vielen gemeinsamen Jahren im Landtag gehen die beiden fair und freundschaftlich miteinander um. Sie hat ihm eine Autogrammkarte mit Widmung geschenkt, und er hat sie auf seinem Schreibtisch stehen.

Die Rivalen nennen sich Boris und Nancy.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.

DAS ORIGINAL



Der neue Ford Ranger

Europas Pick-Up Nr. 1



PROTM